

ENERGY-TRANS

Die neuen Akteure des Energiesystems

[22.03.2016] Die Forschungsallianz ENERGY-TRANS konnte die Bürgerbeteiligung als notwendige Voraussetzung für die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten belegen. Ihre Ergebnisse aus fünf Jahren Forschungsarbeit hat das Bündnis jetzt als Empfehlungen an die Politik formuliert.

Die Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS zeigt, dass die Energiewende mehr ist als der Ersatz alter durch neue Technologien. Das Forscher-Team konnte vielmehr belegen, wie wichtig partizipative Verfahren für die Akzeptanz neuer Infrastrukturprojekte sind. Dass die Energiewende eine gesellschaftliche Aufgabe sei, zeige sich beispielsweise darin, dass Privathaushalte zu Stromproduzenten werden, dass sich ganze Landschaften verändern, aber eben auch in Protesten gegen neue Hochspannungstrassen, in Diskussionen um die Umweltauswirkungen von Windparks oder in Vorbehalten gegenüber der Elektromobilität. „Sie ist eine gesellschaftliche Transformation, die viele Lebensbereiche betrifft“, sagt Armin Grunwald, Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) und einer der beiden Sprecher des Forschungsverbundes. Die vom ITAS koordinierte Allianz hat jetzt bei einer Abschlusstagung in Berlin ihre Ergebnisse vorgestellt und Empfehlungen an die Politik formuliert. Davor hatte die Allianz über einen Zeitraum von fünf Jahren das Energiesystem von der Bedarfs- und Nutzerseite aus untersucht. Wie die Forschungspartner mitteilen, waren vier Helmholtz-Zentren, vier Universitäten und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung an dem Verbund beteiligt. Ortwin Renn, Soziologieprofessor an der Universität Stuttgart und zweiter Sprecher der Allianz: „Die Energiewende wird häufig als ein technisches Projekt verstanden, bei dem die bestehende nukleare und fossile Energieerzeugung durch erneuerbare Energiequellen ausgetauscht werden soll. Aber sie ist viel mehr als das: Sie ist eine gesellschaftliche Transformation, die Konsum, Produktion und die Art, wie unsere Gesellschaft politische Entscheidungen trifft, nachhaltig prägen wird.“ Renn betont, dass es ohne neue und effektive Formen der aktiven Beteiligung der Bürger an der Umsetzung der Energiewende nicht gehen wird.

Ergebnisse und Empfehlungen an die Politik

So konnten die Wissenschaftler belegen, dass Anwohner Entscheidungen über Infrastrukturprojekte eher mittragen, wenn intensive partizipative Verfahren vorgeschaltet werden. Projekte wie neue Stromtrassen, Wind- und Solarparks könnten sogar von der speziellen Expertise der Bürger vor Ort profitieren, wenn diese sich emotional mit einem Infrastrukturprojekt identifizieren und seinen Stellenwert für die weitere Entwicklung des örtlichen Umfeldes erfassen. Eine neue Rolle im Energiesystem übernehme auch der Prosumer, der als Kombination aus Produzent und Konsument etwa mit Solarenergie den Eigenbedarf deckt und gleichzeitig Strom ins Netz einspeist. Ein Feldversuch mit intelligenten Zählern und Haushaltsgeräten beziehungsweise Smart-Home-Geräten habe zudem gezeigt, dass eine detaillierte Analyse und Darstellung des Stromverbrauchs zu einer deutlichen Stromeinsparung in den Haushalten führen kann. Projektpartner für dieses Teilvorhaben waren die Stadtwerke Heidelberg und das Gemeinschaftsunternehmen Trianel. Die Verfasser der Studie sprechen sich darüber hinaus gegen zusätzliche Kapazitätzahlungen an Betreiber fossiler Kraftwerke aus: Einmal eingeführt, wären sie nur schwer wieder zurückzunehmen. Um die schwankende Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie auszugleichen, empfehlen sie alternativ einen Instrumentenmix bestehend aus einem Ausbau der Netze,

Speichern und einem intelligenten Last-Management. Die Verbreitung von erneuerbaren Energien und Elektromobilität könne nicht nur durch Anreizprogramme, sondern auch durch kommunikative Maßnahmen gefördert werden: „Soziale Netzwerke, Sichtbarkeit und Kommunikation über diese Neuerungen haben weit mehr Bedeutung als allgemein angenommen. Man kann die Verbreitung von technischen Innovationen daher nicht nur durch Anreizprogramme fördern, sondern sollte auch die Vernetzung und Kommunikation der Akteure gezielt unterstützen und begleiten“, sagt die Umweltpsychologin Ellen Matthies von der Universität Magdeburg.

(me)

Stichwörter: Politik, Bürgerbeteiligung, ENERGY-TRANS, Forschung, Helmholtz-Zentren, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung